

Einladung

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 15.12.2015, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Dorfkrug Delfshausen, Delfshauser Str. 141, 26180 Rastede

Rastede, den 03.12.2015

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|--------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.07.2015 | |
| TOP 4 | Einwohnerfragestunde | |
| TOP 5 | Einzelhandelsentwicklungskonzept 2015
Vorlage: 2015/213 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 6 | 1. Änderung Bebauungsplan 95 - Zum Zollhaus
Vorlage: 2015/143 | Berichterstatter: Herr Röben |
| TOP 7 | 8. Änderung des Bebauungsplans 6 D - Mühlenstraße
Vorlage: 2015/171 | Berichterstatter: Herr Röben |
| TOP 8 | Kommunalwahl 2016 - Wahlbereich/e
Vorlage: 2015/216 | Berichterstatter: Bürgermeister von Essen |
| TOP 9 | Haushalt 2010 - Beschluss über die Jahresrechnung 2010 - Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 2015/122 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 10 | Zuwendungen des Jahres 2014 und Nachmeldung 2013
Vorlage: 2015/215 | Berichterstatter: Herr Langhorst |

Einladung

- | | | |
|--------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------|
| TOP 11 | Haushalt 2015 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 Euro
Vorlage: 2015/204 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 12 | 2. Fortschreibung und Festsetzung der Abwasserbeiträge
Vorlage: 2015/210 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 13 | Neufassung der Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Rastede
Vorlage: 2015/209 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 14 | Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die öffentliche Einrichtung
Straßenreinigung
Vorlage: 2015/131 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 15 | Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung
"Wochenmarkt"
Vorlage: 2015/132 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 16 | Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur
Beseitigung von Schmutzwasser
Vorlage: 2015/133 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 17 | Festsetzung der Gebührensätze 2016 für die dezentrale Einrichtung zur
Beseitigung von Schmutzwasser
Vorlage: 2015/134 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 18 | Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur
Beseitigung von Niederschlagswasser
Vorlage: 2015/135 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 19 | Gebührensatzsatzung 2016 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasser-
beseitigung und Straßenreinigung
Vorlage: 2015/136 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 20 | Erlass einer Spielgerätesteuersatzung
Vorlage: 2015/154 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 21 | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016
Vorlage: 2015/137A | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 22 | Bericht des Bürgermeisters | |
| TOP 23 | Einwohnerfragestunde | |
| TOP 24 | Schließung der Sitzung | |

Mit freundlichen Grüßen
gez. von Essen
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/213freigegeben am **26.11.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

Datum: 17.11.2015

Einzelhandelsentwicklungskonzept 2015

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	07.12.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	08.12.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Das Einzelhandelsentwicklungskonzept 2015 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Im Rahmen der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 07.07.2015 waren erste Überlegungen zur Fortschreibung des Einzelhandelsentwicklungskonzeptes 2015 durch die politischen Gremien zur Kenntnis genommen worden. Auf der Grundlage des Beschlusses war die Möglichkeit eröffnet worden, Anregungen und Stellungnahmen zu dem Entwurf vorzutragen.

Die Anregungen und Stellungnahmen sind unter Berücksichtigung der Stellungnahme als Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage beigelegt und entsprechend im Endbericht, der dieser Vorlage als Anlage 2 beigelegt worden ist, berücksichtigt.

Im Rahmen der Stellungnahmen wurden folgende wesentliche Punkte vorgetragen:

- Die Einwendungsführer haben darauf hingewiesen, dass der Kögel-Willms-Platz als Entwicklungsfläche vorgesehen ist. Hierzu ist grundsätzlich auszuführen, dass weder eine Planung noch eine Überlegung besteht, den Kögel-Willms-Platz baulich anders zu nutzen, als dies derzeit der Fall ist. Das Einzelhandelsentwicklungskonzept beschäftigt sich jedoch nicht mit etwaigen zivilrechtlichen oder baurechtlichen Hinderungsgründen sondern beleuchtet lediglich eine bestimmte Handelssituation. Insofern ist aus grundsätzlichen Erwägungen die Berücksichtigung des Platzes nicht falsch; sie wird nur erkennbar jedenfalls derzeit nicht umgesetzt werden.

- Es wird wiederholt darauf hingewiesen, dass ein Vollsortimenter im Bereich Kleibroker Straße / Uhlhornstraße nicht wünschenswert sei. Dies entspricht auch der bisherigen planerischen Zielsetzung der Gemeinde jedenfalls insoweit, als es um die Berücksichtigung von Verkaufsflächen von mehr als 800 qm geht. Aus Sicht der Verwaltung lässt sich auch nicht erkennen, dass ein entsprechender Vollsortimenter überhaupt eine signifikante positive Veränderung für die Frequenz von Besuchern in der Oldenburger Straße ergeben würde. Gleichwohl wäre, ähnlich wie dies auch in anderen Randbereichen, z. B. der Bahnhofstraße oder der Anton-Günther-Straße der Fall ist, in kleinteiligem Umfang eine geschäftliche Entwicklung jedenfalls denkbar. Unumstritten ist allerdings genauso, dass, unabhängig von der Ausweisung eines zentralen Versorgungsbereiches, die Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten im Osten des Hauptortes wünschenswert wäre.
- Es wird darauf hingewiesen, dass die Ausdehnung des zentralen Versorgungsbereiches in südlicher Richtung südlich des City-Centers bis zur Schloßstraße hin womöglich nicht sinnvoll sei.

Überlegungen zur Entwicklung und Erweiterung des zentralen Versorgungsbereiches sind nicht so sehr unter der Maßgabe angeregt worden, dass hier zum nächstmöglichen Zeitpunkt entsprechende Einrichtungen geschaffen werden können. Vielmehr zeigt die Entwicklungsfläche auf, dass sekundär dann eine planerische Möglichkeit in Betracht gezogen werden sollte, wenn – nach wie vor – eine Innenentwicklung des Bereiches insbesondere zwischen der Raiffeisenstraße und der Bahnhofstraße nicht erfolgt.

Im Übrigen wird auf die Stellungnahme zu einzelnen Anregungen und Bedenken hingewiesen.

Das Einzelhandelskonzept stellt zwar eine grundlegende Überlegung zur Entwicklung des Einzelhandels im Bereich der Gemeinde Rastede dar, beinhaltet aber keine wie auch immer geartete rechtliche Verpflichtung. Soweit einzelne Bereiche wie z. B. Kleibroker Straße / Uhlhornstraße oder auch Teilflächen südlich des City-Centers nördlich der Schloßstraße entwickelt werden sollten, bedürfte es hierzu der Schaffung einer entsprechenden Rechtsgrundlage in Form eines Bebauungsplanes.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

- Anlage 1: Auswertung der Anregungen und Stellungnahmen
 Anlage 2: Teilaktualisierung Einzelhandelsentwicklungskonzept Rastede 2015
 (Stand 24.11.2015)

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/143**freigegeben am **09.09.2015****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

Datum: 02.09.2015**1. Änderung Bebauungsplan 95 - Zum Zollhaus****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.09.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	22.09.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 21.09.2015 berücksichtigt.
2. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.
3. Die 1. Änderung des Bebauungsplans 95 mit Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Mit der vorliegenden 1. Änderung des Bebauungsplans sollen die bauplanungsrechtlichen Festsetzungen für die Erweiterung des Hotel- und Gaststättenbereichs des Residenz-Hotels Zum Zollhaus angepasst werden. Hintergrund der Anpassungsnotwendigkeit sind baurechtliche Unstimmigkeiten zwischen der bereits bei Aufstellung des ursprünglichen Bebauungsplans im Jahre 2013 geplanten Erweiterung und den Regelungen der Niedersächsischen Bauordnung (s. Vorlage 2015/106).

Der Bebauungsplan wird im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB aufgestellt, sodass auf die frühzeitige Beteiligungsphase verzichtet werden konnte und lediglich eine öffentliche Auslegung sowie Trägerbeteiligung durchzuführen war. Hierbei gingen keine wesentlichen Stellungnahmen ein. Somit kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Satzung
2. Begründung
3. Abwägungsvorschläge

Beschlussvorlage

Vorlage-Nr.: 2015/171freigegeben am **20.10.2015****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

Datum: 08.10.2015

8. Änderung des Bebauungsplans 6 D - Mühlenstraße

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	02.11.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 02.11.2015 berücksichtigt.
2. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 2 BauGB abgesehen.
3. Die 8. Änderung des Bebauungsplans 6 D mit Begründung und örtlichen Bauvorschriften wird gemäß § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.
4. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

Sach- und Rechtslage:

Für das Grundstück der Sägerei Brötje an der Mühlenstraße ist als Folgenutzung eine Wohnbebauung mit 4 Mehrparteienhäusern geplant. Hierfür ist die Änderung des Bebauungsplans erforderlich, da die Gebietsausweisung von Mischgebiet zu Allgemeinem Wohngebiet zu ändern ist (s. Vorlage 2015/041).

Im Rahmen der zwischenzeitlich durchgeführten Beteiligung der Öffentlichkeit sind keine Stellungnahmen eingegangen.

Von den Trägern öffentlicher Belange wurde neben redaktionellen Hinweisen auf die Altlastenbelastung und Veränderung der Grundwasserströme hingewiesen. Diese Aspekte werden im Baugenehmigungsverfahren näher betrachtet und stellen sich daher für den Abschluss des Bauleitplanverfahrens unproblematisch dar. Insbesondere hinsichtlich des Vorkommens von Altlasten wird eine abschließende Beurteilung auch erst möglich sein, wenn das Baugrundstück freigeräumt ist.

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB geändert, sodass lediglich eine öffentliche Auslegung sowie Trägerbeteiligung durchzuführen war. Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Da der Flächennutzungsplan das Plangebiet noch als gemischte Baufläche ausweist, ist der Flächennutzungsplan im Wege der Berichtigung anzupassen. Hierzu wird die 61. Anpassung des Flächennutzungsplans vorgenommen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten für die Änderung des Bebauungsplans werden vom Investor getragen.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Abwägungsvorschläge
4. 61. Anpassung des Flächennutzungsplans

Beschlussvorlage

Vorlage-Nr.: 2015/216freigegeben am **25.11.2015****GB 2**

Sachbearbeiter/in: Sabine Meyer

Datum: 19.11.2015

Kommunalwahl 2016 - Wahlbereich/e

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	08.12.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Rastede bildet für die Kommunalwahl 2016 einen Wahlbereich.

Sach- und Rechtslage:

Durch Verordnung vom 11.05.2015 hat die Niedersächsische Landesregierung festgelegt, dass die kommunalen allgemeinen Neuwahlen am 11. September 2016 stattfinden.

Die Zahl der Abgeordneten wird in § 46 Absatz 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) festgelegt. Die Zahl der Ratsfrauen und Ratsherren beträgt in Gemeinden mit 20.000 bis 25.000 Einwohnerinnen und Einwohnern 34. Die amtliche Einwohnerzahl zum Stichtag 31.03.2015 betrug 21.760.

Entsprechend § 7 Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz (NKWG) wird die Kommunalwahl in Wahlbereichen durchgeführt. Wahlgebiete, in denen die Zahl der zu wählenden Abgeordneten mindestens 34 und höchsten 39 beträgt, können in zwei Wahlbereiche eingeteilt werden (§ 7 Abs. 3 NKWG). Insofern besteht für die Gemeinde Rastede ein Wahlrecht, entweder das Gemeindegebiet in zwei Wahlbereiche oder für das gesamte Gemeindegebiet einen einheitlichen Wahlbereich zu bilden. Für die letzte Kommunalwahl in 2011 wurde sich für einen Wahlbereich ausgesprochen, davor waren es zwei Wahlbereiche.

Ein Wahlbereich hat den Vorteil, dass alle Kandidaten von allen Bürgern im Gemeindegebiet gewählt werden können. Bei Teilung des Gemeindegebietes in zwei Wahlbereiche ist zu berücksichtigen, dass gem. § 7 Abs. 6 NKWG die Abweichung der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlbereiche nicht mehr als 25 % nach oben oder nach unten betragen soll.

Die Wahlbereiche Nord und Süd entsprechend der Kommunalwahl 2006 würden unter Berücksichtigung der aktuellen Einwohnerzahlen die gesetzliche Schwankungsbreite einhalten. Dabei bleibt zu bedenken, dass sich der Verlauf der Grenze durch den Hauptort zieht.

Für die Bestimmung der Zahl der Abgeordneten und der Abgrenzung der Wahlbereiche ist die Einwohnerzahl nach § 177 Abs. 2 NKomVG maßgeblich. Das Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN) hat die Landeswahlleiterin darüber informiert, dass die maßgeblichen Einwohnerzahlen zum Stichtag 30.06.2015 erst Ende Januar 2016 erwartet werden. Vor diesem zeitlichen Hintergrund soll laut der Landeswahlleiterin auf die vom LSN zum Stichtag 31.03.2015 ermittelte Einwohnerzahl zurückgegriffen werden, da sich dieser Stichtag noch im zeitlichen Korridor des § 177 Abs. 2 NKomVG befindet.

Hinsichtlich der Wahlbezirke bleibt anzumerken, dass eine Änderung zur letzten Wahl (Europawahl im Mai 2014) nur hinsichtlich der Räumlichkeiten des ehemaligen Ev. Gemeindehauses in Kleibrok verwaltungsseitig als erforderlich erachtet wird. Der Wahlvorstand soll zukünftig in den Räumlichkeiten des Bauhofes untergebracht werden. Anderweitige Räumlichkeiten stehen nicht zur Verfügung beziehungsweise sind bereits mit anderen Wahlbezirken belegt.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Durchführung der Wahl sind im Haushaltsplan 2016 zum Produkt Statistik und Wahlen Kosten in Höhe von 41.100 Euro eingeplant. Dem gegenüber stehen zu erwartende Einnahmen in Höhe von 10.000 Euro.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/122**freigegeben am **14.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 22.07.2015**Haushalt 2010 - Beschluss über die Jahresrechnung 2010 -
Entlastung des Bürgermeisters****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Ergebnisse des Jahresabschlusses - ohne Überschussverwendung - werden wie folgt festgestellt:
Ordentliches Ergebnis: Überschuss in Höhe von 3.658.236,06 Euro
Außerordentliches Ergebnis: Fehlbetrag in Höhe von 192.529,49 Euro
2. Überschussverwendung:
 - a. Vom ordentlichen Ergebnis in Höhe von 3.658.236,06 Euro wird der Überschuss der kostenrechnenden Einrichtung zentrale Abwasserbeseitigung in Höhe von 171.713,23 Euro dem Sonderposten für Gebührenaussgleich zugeführt. Das ordentliche Ergebnis reduziert sich dadurch auf 3.486.522,83 Euro
 - b. Vom verbliebenen v.g. ordentlichen Ergebnis in Höhe von 3.486.522,83 Euro wird der Überschuss der kostenrechnenden Einrichtung dezentrale Abwasserbeseitigung, soweit er nicht zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren benötigt wird, in Höhe von 534,84 Euro dem Sonderposten für Gebührenaussgleich zugeführt. Das ordentliche Ergebnis reduziert sich dadurch auf 3.485.987,99 Euro
 - c. Vom verbliebenen v.g. ordentlichen Ergebnis in Höhe von 3.485.987,99 Euro wird der Überschuss der kostenrechnenden Einrichtung Straßenreinigung in Höhe von 777,34 Euro dem Sonderposten für Gebührenaussgleich zugeführt. Das ordentliche Ergebnis reduziert sich dadurch auf 3.485.210,65 Euro.

- d. Der verbleibende Überschuss von 3.485.210,65 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
3. Ausgleich Fehlbetrag
 - a. Zum Ausgleich des Fehlbetrages des außerordentlichen Ergebnishaushaltes wird der Gesamtbestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 33.525,61 Euro entnommen. Der Fehlbetrag reduziert sich damit auf den Betrag von 159.003,88 Euro.
 - b. Zum Ausgleich des verbliebenen Fehlbetrages in Höhe von 159.003,88 Euro wird eine Verrechnung mit der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses vorgenommen. Zu diesem Zweck ist der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Haushaltes ein Betrag in Höhe des verbliebenen Fehlbetrages zu entnehmen.
4. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010 wird unter Berücksichtigung der vorstehenden Punkte beschlossen.
5. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2010 Entlastung erteilt.

Sach- und Rechtslage:

Nach § 129 Abs. 1 NKomVG stellt der Bürgermeister die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses fest und legt ihn dem Rat mit dem jeweiligen Schlussbericht der Rechnungsprüfung und mit einer eigenen Stellungnahme zu diesem Bericht vor. Der Rat beschließt über den Jahresabschluss und die Entlastung des Bürgermeisters.

Die Verwaltung hat unverzüglich nach Ausfertigung des Jahresabschlusses 2010 diesen dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegt. Die Prüfung wurde durchgeführt und darüber der anliegende Prüfbericht vom 26.05.2015 ausgefertigt. Zu den Prüfungsbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes ist eine Stellungnahme erstellt worden. Sie ist in der Anlage beigefügt. Im Ergebnis ergeben sich keine Feststellungen oder Beanstandungen, die einer Entlastung des Bürgermeisters entgegenstehen.

Begründung für den Vorschlag der Überschussverwendung und Deckung des Fehlbetrages:

Ein positives Jahresergebnis ist immer das Ziel einer Kommune. Der gegebenenfalls vorhandene Überschuss muss im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten verwendet, ein Fehlbetrag muss nach den gesetzlichen Vorgaben im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten ausgeglichen werden.

Die Verwaltung schlägt dem Rat vor, den Überschuss des ordentlichen Ergebnishaushaltes zunächst „nur“ der Überschussrücklage und nicht schon dem Reinvermögen zuzuschlagen. Auf die Ausführungen im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2009 wird insoweit verwiesen.

Der Jahresabschluss 2010 ist der zweite doppelte Jahresabschluss, den die Gemeinde Rastede erstellt hat. Es wurde davon Abstand genommen, nur anhand von zwei Jahresergebnissen grafische Entwicklungskurven und damit Kennzahlen zu berechnen, um aus diesen heraus Entwicklungen und Tendenzen zu schlussfolgern. Lediglich zwei Wirtschaftsergebnisse lassen dies nach Meinung der Verwaltung noch nicht zu. Es kann jetzt allenfalls positiv zur Kenntnis genommen werden, dass weitestgehend alle Bilanzwerte einen positiven Sprung gemacht haben und die Bilanzsumme gestiegen ist.

Die in dem Beschlussvorschlag genannten Beträge finden sich so direkt nicht in der Bilanz. Dafür gibt es zwei Gründe:

- Das in der Bilanz unter der Position 1.3.2.1 ausgewiesene Jahresergebnis von 3.465.706,57 Euro ist das kumulierte Jahresergebnis des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses ohne Überschussverwendung und Fehlbetragsdeckung. Die Einzelbeträge finden sich in der Gesamtergebnisrechnung.
- Das in der Bilanz unter der Position 1.3.2.0 ausgewiesene Jahresergebnis von 173.025,41 Euro ist der kumulierte Wert von +171.713,23 Euro (Überschuss kostenrechnende Einrichtung zentrale Abwasserbeseitigung), +534,84 Euro (Überschuss kostenrechnende Einrichtung dezentrale Abwasserbeseitigung) und +777,34 Euro (Überschuss kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung). Diese Buchungen hätten erst nach Beschluss über diesen Beschlussvorschlag ausgeführt werden dürfen. Die Buchung war nicht korrekt, allerdings ohne Auswirkung auf das Ergebnis. Deshalb ist eine förmliche Beanstandung durch das RPA nicht erfolgt.
- Zahlenmäßige Gesamtdarstellung der Überschüsse und ihre Verwendung:

ordentliches Ergebnis:	3.658.236,06
Überschussverwendung:	
- Entnahme Überschuss zentrale Abwasserbeseitigung	- 171.713,23
- Entnahme Überschuss dezentrale Abwasserbeseitigung	- 534,84
- Entnahme kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung	- 777,34
Zwischenergebnis:	3.485.210,65
- Zuführung zur Rücklage Überschuss ordentliches Ergebnis:	-3.485.210,65
	0,00

außerordentliches Ergebnis (Fehlbetrag):	192.529,49
Deckung Fehlbetrag (begründet vor allem durch periodenfremde Aufwendungen) :	
- Entnahme Rücklage Überschuss außerordentliches Ergebnis:	-33.525,61
- Entnahme Rücklage Überschuss ordentliches Ergebnis:	- 159.003,88
	0,00

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Anlage 1: Jahresrechnung 2010

Anlage 2: Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Anlage 3: Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht

Beschlussvorlage

Vorlage-Nr.: 2015/215freigegeben am **25.11.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Kannwischer, Daniela

Datum: 19.11.2015

Zuwendungen des Jahres 2014 und Nachmeldung 2013

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	07.12.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	08.12.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage aufgeführten Zuwendungen werden angenommen und für den förderungsfähigen Zweck verwendet.

Sach- und Rechtslage:

Im Jahr 2014 sind die in der anliegenden Liste aufgeführten Zuwendungen in Form von zweckgebundenen Geld- und Sachspenden bei der Gemeinde Rastede eingegangen. Nachträglich wurden für das Jahr 2013 noch Spenden nachgemeldet.

Über die Annahme und Vermittlung der Zuwendungen über der Wertgrenze von 100 Euro entscheidet gem. § 111 Abs. 7 Satz 3 NKomVG in Verbindung mit § 25a Abs. 1 Satz 1 GemHKVO der Rat. Sind von einem Zuwendungsgeber mehrere Zuwendungen in einem Jahr geleistet worden, ist ab summenmäßiger Überschreitung der Wertgrenze ebenfalls der Rat für die Annahme der Zuwendungen zuständig. In der Auflistung handelt es sich um alle Spenden, bei denen pro Spender die Spendensumme von 100 Euro überschritten wurde. Über die Annahme der Spenden unter 100 Euro (pro Spender) hat bereits der Bürgermeister entschieden.

Finanzielle Auswirkungen:

Für den Erhalt der Zuwendungen müssen / mussten keine eigenen finanziellen Mittel eingesetzt werden.

Anlagen:

Zuwendungen des Jahres 2014 und Nachmeldungen für das Jahr 2013.

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2015/204freigegeben am **26.11.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: G.Röben

Datum: 05.11.2015

Haushalt 2015 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 Euro

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	07.12.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	08.12.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt in Höhe von jeweils über 5.000 Euro.

Sach- und Rechtslage:

In der Anlage sind die seit dem 24.06.2015 angefallenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von jeweils über 5.000 Euro aufgeführt.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Sachkonten in anderen Budgets im Haushalt 2015 (Minderaufwendungen oder Mehrerträge, Minderauszahlungen oder Mehreinzahlungen) vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben seit dem 24.06.2015 in Höhe von jeweils über 5.000 Euro.

Hinweis zur Anlage:

In der Aufstellung sind auch Beträge unter 5.000 Euro enthalten. Die Wertgrenze von 5.000 Euro bezieht sich nicht auf die einzelne Zahlung, sondern auf die Höhe der Überschreitung eines jeweiligen Budgets. Die in der Anlage aufgeführten Zahlungen sind also vorangegangenen überplanmäßigen Ausgaben hinzuzurechnen, woraus sich eine Überschreitung von über 5.000 Euro ergibt.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/210freigegeben am **18.11.2015****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Düring, Andre

Datum: 12.11.2015

2. Fortschreibung und Festsetzung der Abwasserbeiträge

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	07.12.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	08.12.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die 2. Fortschreibung und Neufestsetzung der Abwasserbeiträge (Schmutz- und Regenwasser) werden auf der Grundlage der als Anlage 1 beigefügten 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Beiträge für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Rastede beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Rechtsprechung ist die Beitragskalkulation im Abwasserbereich alle 10 Jahre neu zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Diese Beitragskalkulationen, getrennt nach Schmutz- und Niederschlagswasser, sind dieser Vorlage als Anlagen 2 und 3 beigefügt.

Der Beitragssatz ergibt sich aus den Kosten für die Herstellung der Abwasserbeseitigungseinrichtungen (bisherige Kosten und die in den nächsten zehn Jahren geplanten Kosten) dividiert durch die Flächen der Grundstücke, die an die Einrichtungen angeschlossen sind und künftig angeschlossen werden sollen.

Die Beitragssätze decken die Kosten der erstmaligen Herstellung der Abwasserbeseitigungseinrichtung ab. Insofern stehen Kosten und damit der Beitrag fest; er ist schlicht das Ergebnis einer Berechnung. Diese Berechnung hat im Ergebnis den maximalen Beitragssatz, dieser Satz darf nicht überschritten werden.

Zum Verständnis ist darauf hinzuweisen, dass die erstmalige Herstellung der Abwasserbeseitigungseinrichtung noch nicht abgeschlossen ist, da ja noch – durch neue Baugebiete – eine ständige Erweiterung stattfindet.

Die Fortschreibung der Beitragskalkulation hat zu folgendem Ergebnis geführt:

	Bisheriger Beitragssatz	Neuer Beitragssatz
Schmutzwasser	13,24 Euro	13,35 Euro
Niederschlagswasser	3,02 Euro	3,98 Euro

Gegenüber dem zurückliegenden Kalkulationszeitraum ist nunmehr eine leichte Erhöhung des Beitragssatzes vorgesehen. Das liegt vor allem in allgemeiner Preisentwicklung begründet.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Anlage 1: Satzungstext

Anlage 2: Beitragskalkulation Niederschlagswasser - Auszug

Anlage 3: Beitragskalkulation Schmutzwasser - Auszug

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/209freigegeben am **19.11.2015****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Wiechering, Jens

Datum: 11.11.2015

Neufassung der Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Rastede

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	01.12.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.12.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Straßenreinigung in der Gemeinde Rastede und die Verordnung über die Art und den Umfang der Straßenreinigung in der Gemeinde Rastede werden in der als Anlage jeweils beigefügten Fassung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Entwicklung der Bau- und Gewerbegebiete macht die Aufnahme der vorhandenen neuen Straßen in die Straßenverzeichnisse A (maschinelle und gebührenpflichtige Reinigung) und B (Reinigungsverpflichtung übertragen auf die angrenzenden Grundstückseigentümer) erforderlich. Die Fortschreibung ist zum Anlass genommen worden, die Straßenreinigungssatzung und die Verordnung insgesamt zu überarbeiten. Zum einen wurden die neuen Straßen in das Straßenverzeichnis der Anlage A oder B entsprechend nachstehender Aufstellung aufgenommen.

Für die gebührenrelevante Anlage A wurden die Straßen Bürgermeister-Brötje-Straße, Am Autobahnkreuz wie auch der Loyer Weg (Parkstraße bis Emsoldstraße) aufgrund seiner gestiegenen verkehrlichen Bedeutung durch die Bebauung „Südlich Schloßpark“ hinzugenommen.

Im Ortsteil Loy gab es in der bisherigen Form lediglich Straßen, die der Anlage B zugeordnet worden waren. Dabei waren jedoch die Braker Chaussee (Ortsdurchfahrt) und die Loyerbergstraße noch gar nicht in der Reinigungssatzung enthalten. Ausgehend von ihrer verkehrlichen Bedeutung und im Vergleich mit maschinell gereinigten Straßen in Rastede, Hahn-Lehmden und Wahnbeke sollten beide Straßen der Anlage A zugeordnet werden. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, den Hankhauser Weg (Dorfstraße bis Loyerbergstraße) von der Anlage B in die Anlage A aufgrund seiner Bedeutung zu übernehmen.

Für die Anlage B (eigenständige Reinigung durch die Anlieger) wurden die neuen Straßen hinzugenommen (vgl. unten). Gestrichen wurden dagegen die in der Anlage B benannten Fuß- bzw. Verbindungswege, soweit diese nicht innerhalb von verkehrsberuhigten Bereichen liegen. Die Reinigung und Pflege der Fuß- bzw. Verbindungswege wird künftig im Rahmen einer allgemeinen Unterhaltung von der Gemeinde wahrgenommen.

Neu in das Straßenverzeichnis Anlage A aufgenommen werden:

- Am Autobahnkreuz
- Bürgermeister-Brötje-Straße
- Loyer Weg (Parkstraße bis Emsoldstraße)
- Braker Chaussee (alte Ortsdurchfahrt B 211)
- Loyerbergstraße (Hankhauser Weg bis Braker Chaussee)
- Hankhauser Weg (Dorfstraße bis Loyerbergstraße)
- Oldenburger Straße (Brombeerweg bis zur Sandbergstraße)

Neu in das Straßenverzeichnis Anlage B aufgenommen werden:

- Adelheidstraße
- Alte Schloßgärtnerei
- Amalienstraße
- Am Vorwerk
- Friederikenstraße
- Cäcilienring
- Egerstraße
- Heinrich-Munderloh-Straße
- Herzogin-Ida-Straße
- Hesterkrugstraße
- Feldrosenweg
- Buchenstraße (Oldenburger Str. – Loyer Weg)
- Ligusterweg
- Müritzstraße

Sonstige Änderungen:

- | | |
|------------------------------|---------------------------------------------------------------------|
| • An der Bleiche (A) | Reinigung nun beidseitig auf gesamter Länge |
| • Buschweg (A) | Reinigung nun beidseitig auf gesamter Länge |
| • Feldbreite (A) | Reinigung nun beidseitig auf gesamter Länge |
| • Oldenburger Str. (A) | Reinigung nun beidseitig von der Parkstraße bis Auf der Raade |
| • Raiffeisenstraße (A) | Reinigung von der Oldenburger Straße bis Danziger Straße beidseitig |
| • Wilhelm-Kraatz-Straße (A) | jetzt beidseitige Reinigung |
| • Wiefelsteder Straße (A) | jetzt beidseitige Reinigung bis zum Heideweg |
| • Wilhelmshavener Straße (A) | Reinigung von Wiefelsteder Straße bis Meenheitsweg beidseitig |
| • Brombeerweg | Verlängerung neues Gewerbegebiet Brombeerweg |

Finanzielle Auswirkungen:

Die zusätzlichen Aufwendungen für die Straßenreinigung sind gebührenrelevant und werden durch die hinzukommenden Gebührenpflichtigen getragen werden.

Anlagen:

1. Neufassung der Straßenreinigungssatzung
2. Neufassung der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/131**freigegeben am **09.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015**Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die öffentliche
Einrichtung Straßenreinigung****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung legt für 2016 den Gebührensatz unverändert für die Kostenrechnung der Einrichtung „Straßenreinigung“ fest:

Gebührensatz für die Einrichtung Straßenreinigung

Der Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung beträgt 13,00 € pro Einheit.

Sach- und Rechtslage:

Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr sind die Nachkalkulation 2014 auf der Basis von „Istzahlen“ und die Nachkalkulation 2015 auf der Basis von Planzahlen. Um die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2014 und 2015 besser vergleichen zu können, wurden sie in der nachfolgenden Tabelle gegenübergestellt. Die kalkulierten Ansätze für die Gebührenberechnung 2016 wurden angereicht.

Kostenpositionen Gebührensatz	Nachkalkulation 2014 15,60 €	Nachkalkulation 2015 13,00 €	Gebühren- berechnung 2016 ?
Reinigungskosten Fremdfirma	47.256,01 €	50.000,00 €	50.000,00 €
Deponiekosten	14.480,11 €	16.000,00 €	16.000,00 €
Personalkosten	8.567,02 €	11.000,00 €	11.500,00 €
Regiekosten	11.040,00 €	11.100,00 €	11.500,00 €
Gesamtkosten	81.343,14 €	88.100,00 €	89.000,00 €

Für das Jahr 2014 sind Reinigungskosten der Fremdfirma in Höhe von 47.256,01 € angefallen. Laut Reinigungsvertrag kann die Fremdfirma Mehrkosten aufgrund von tariflichen Lohn- oder Dieselmkraftstoffpreisänderungen in Rechnung stellen. Für die Jahre 2015 und 2016 wurde mit Reinigungskosten in Höhe von 50.000 € kalkuliert.

Für die Entsorgung des mit Schadstoffen belasteten Kehrgutes fallen Transport- und Deponiekosten an. 2014 betrugen die Deponiekosten 14.480,11 €, für 2015 und 2016 wurde / wird mit einem Betrag in Höhe von 16.000 € kalkuliert.

Gegenüber Personalaufwendung von 8.500 € für das Jahr 2014 wurde/wird in Folgejahren mit einem Personalaufwand von 11.000 € kalkuliert, da zwischenzeitlich Tarifänderungen in Kraft getreten sind.

Für 2014 wurden Regiekosten in Höhe von 11.040,70 €, für 2015 von 11.100 € und für 2016 von 11.500 € kalkuliert.

Von den Gesamtkosten werden 15 % (Kosten für die Reinigung der Öffentlichkeit zugänglichen Park- und Grünanlagen sowie Straßenkreuzungen und -einemündungen, Verkehrsinseln usw.) und von 10 % (Straßenreinigung im Interesse des Durchgangsverkehrs) abgezogen entsprechend der aktuellen Rechtsprechung.

Die Gebühreneinheiten sind Grundlage für die Ermittlung der Straßenreinigungsg Gebühr. Für 2016 wurde mit den gleichen Gebühreneinheiten wie 2014 und 2015 kalkuliert mit der Maßgabe, dass Straßen in den Neubaugebieten durch die Anlieger selbst zu reinigen sind.

	Nachkalkulation 2014	Nachkalkulation 2015	Gebühr 2016
Gebührensatz	15,60 €	13,00 €	Vorschlag 13,00 €
Gebührenaufkommen	62.821,41 €	52.474,50 €	52.491,40 €
gebührenrelevante Kosten	61.007,36 €	66.075,00 €	66.750,00 €
Überschuss/Defizit lfd. Jahr:	1.814,06 €	-13.600,50€	-14.258,60 €
Überschuss des Vorjahres	37.212,63 €	39.026,68 €	25.426,18 €
Fortschreibung Überschuss	39.026,68 €	25.426,18 €	11.167,58 €

Weil die Deponiekosten in den letzten Jahren erheblich geringer ausgefallen sind und um den hohen Überschuss von Vorjahren abzubauen, wurde die Straßenreinigungsg Gebühr für 2015 gesenkt auf 13,00 €.

Da die Regiekosten 2013 bis 2015 in tatsächlicher Höhe noch nicht feststehen und fraglich ist, ob sich die tatsächlichen Deponiekosten für 2015 und 2016 im geplanten Rahmen bewegen werden, schlägt die Verwaltung vor, den Gebührensatz in Höhe von 13,00 € beizubehalten.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Vorlage.

Anlagen:

Berechnung des Gebührensatzes der Straßenreinigung.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/132freigegeben am **10.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015

Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Wochenmarkt"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Gebührensatz für Marktstandgelder wird nicht verändert. Er beträgt weiterhin 1,70 € pro laufenden Meter.

Die Berücksichtigung der 20prozentigen Interessenquote findet zunächst weiterhin Anwendung.

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeinde Rastede betreibt eine öffentliche Einrichtung „Wochenmarkt“. Für die Teilnahme am Wochenmarkt werden auf der Grundlage einer Satzung Gebühren erhoben.

Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr ist die Nachkalkulation für 2014 auf der Basis von „Istzahlen“. Lediglich die Positionen Regiekosten und Abschreibungen für die „Öffentliche Toiletten“ stehen endgültig noch nicht fest. Bei der Nachkalkulation für 2015 handelt es sich um nachkalkulierte Planzahlen.

Die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2014 und 2015 stellen sich wie folgt dar. Die kalkulierten Ansätze für die Gebührenberechnung 2016 wurden angereicht.

Entwicklung der Aufwendungen für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

	Nachkalkulation 2014	Nachkalkulation 2015	Kalkulation 2016
Frischwasser	1,80 €	1,80 €	1,80 €
Abwassergebühren	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Stromkosten	2.066,93 €	2.000,00 €	2.000,00 €
Erwerb v. geringwertigem Vermögen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Abfallbeseitigung	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Kosten Verlegung Marktplatz	0,00 €	100,00 €	100,00 €
Bekanntmachungskosten	0,00 €	100,00 €	100,00 €
Regiekosten	11.500,00 €	11.500,00 €	11.700,00 €
Personalk. Verw./ direkte Buchung	5.398,51 €	5.700,00 €	5.800,00 €
Öffentl. Toilette	1.100,00 €	1.200,00 €	1.200,00 €
insgesamt:	20.067,24 €	20.601,80 €	20.901,80 €

Aus der oben eingefügten Tabelle ist zu entnehmen, dass es keine gravierenden Veränderungen bei den Kostenpositionen gibt. Für die Regiekosten gibt es noch keine „Ist-Werte“, für 2016 wurde eine leichte Kostensteigerung eingerechnet. Auch bei den Personalkosten wurde eine Steigerung für 2015 und 2016 einkalkuliert.

Die Regiekosten und Abschreibungen für das Produkt „Öffentliche Toiletten“ sind noch nicht im „Ist“ gebucht worden, daher stehen tatsächliche Kosten noch nicht zur Verfügung. Um evtl. Preissteigerungen abzufangen, wurde ab 2015 dieser Ansatz auf 1.200 € kalkuliert.

Entwicklung der Erträge für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

	Nachkalkulation	Nachkalkulation	Kalkulation
	2014	2015	2016
Benutzungsgebühren	17.085,90 €	17.100,00 €	17.100,00 €
Erstattung von Verwaltungsausgaben (Strom)	2.360,28 €	2.300,00 €	2.300,00 €
insgesamt:	19.446,18 €	19.400,00 €	19.400,00 €

2014 wurde der Gebührensatz um 10 Cent von 1,60 € auf 1,70 € pro laufender Meter Marktstand erhöht. An Gebühreneinnahmen und bei der Erstattung von Verwaltungsausgaben konnten für 2014 insgesamt 19.446,18 € Erträge verzeichnet werden. In der Nachkalkulation für 2015 und in der Gebührenberechnung für 2016 wurde mit den gleichen Gebühreneinnahmen von rd. 19.400 € kalkuliert.

Entwicklung der Aufwendungen abzüglich der Erträge für die Kostenrechnung „Wochenmarkt“

		+ = Überschuss - = Defizit
2012	Fortschreibung d. kumulierten Defizites bis 31.12.2012	-5.405,14 €
2013	Überschuss des Jahres 2013 = Nachkalkulation 2013	2.113,77 €
		-3.291,37 €

Nachkalkulation 2014

	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten	- = Defizit
	Kalkulation	57,31 %	20%	80%	
Kosten	20.067,24 €	11.500,00 €	4.013,45 €	16.053,79 €	
Einnahmen	19.446,18 €			19.446,18 €	
	-621,06 €	11.500,00 €	4.013,45 €	3.392,39 €	101,02 €

Nachkalkulation 2015

	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten	- = Defizit
Kalkulation		55,82 %	20%	80%	
Kosten	20.601,80 €	11.500,00 €	4.120,36 €	16.481,44 €	
Einnahmen	19.400,00 €			19.400,00 €	
	-1.201,80 €	11.500,00 €	4.120,36 €	2.918,56 €	3.019,58 €

**Gebührenberechnung
2016**

	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	Verbleiben gebühren- relevante Kosten	- = Defizit
Kalkulation		55,98 %	20%	80%	
Kosten	20.901,80 €	11.700,00 €	4.180,36 €	16.721,44 €	
Einnahmen	19.400,00 €	0,00 €	0,00 €	19.400,00 €	
	-1.501,80 €	11.700,00 €	4.180,36 €	2.678,56 €	5.698,14 €

Unter Berücksichtigung der öffentlichen Interessenquote ergibt sich für 2016 ein kalkulierter Gesamtüberschuss in Höhe von rund 5.700 €. Da die Höhe der Regiekosten und die anteiligen Kosten für das Produkt „Öffentliche Toiletten“ nicht bekannt sind, sollte von einer Änderung des Gebührensatzes oder einer Anpassung der öffentlichen Interessenquote abgesehen werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/133**freigegeben am **10.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015**Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung legt für 2016 den Gebührensatz unverändert für die kostenrechnende Einrichtung „zentrale Abwasserbeseitigung“ fest:

Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,10 €

Sach- und Rechtslage:

In der nachfolgenden Tabelle wurden die Erträge, der sachliche Betriebsaufwand und die kalkulatorischen Kosten gegenüber gestellt.

	2014 mit Ist-Beträgen und teilweise Nachkalkulationsbeträgen	2015 mit nachkalkulierten Planzahlen
Erträge	1.986.577,68	1.729.670,43
Sachl. Betriebsaufwand	993.756,49	1.013.826,76
Abschreibungen	672.600,04	672.600,04
Kalk. Zinsen	384.925,30	230.955,18
Aufwendungen	2.051.281,83	1.917.381,98
Saldo	-64.704,15	-187.711,55

Die Höhe der „Abschreibungen“ und die „Kalkulatorischen Zinsen“ stehen für die Nachkalkulationen 2014 und 2015 noch nicht fest. Erst wenn in der Anlagenbuchhaltung die Jahresergebnisse der Abschreibungen vorliegen, können exakte Werte vorgelegt werden. In den Nachkalkulationen für 2014 und 2015 wurden daher die

zwischenzeitlich bekannten Abschreibungen übernommen. Auch die „Regiekosten“, die im sachlichen Betriebsaufwand enthalten sind, stehen noch nicht endgültig fest.

Die tatsächliche Abwassermenge (OOWV und durch die Gemeinde selbst abgerechnete Abwassermenge) betrug in den Jahren 2009 bis 2013 insgesamt:

Abwassermenge je Jahr in cbm

2009	2010	2011	2012	2013	2014 Hochrechnung
821.136	825.135	869.799	827.232	824.484	839.474

Für 2014 liegt eine Hochrechnung vom Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband Brake in Höhe von 839.474 cbm vor. In der Nachkalkulation für 2014 wurde mit einer Abwassermenge in Höhe von 840.000 cbm kalkuliert. Von Jahr zu Jahr schwanken die Gebühreneinnahmen. Das liegt darin begründet, dass sich die Jahreseinnahmen aus Vorausleistungen und Nachforderungen bzw. Erstattungen für das Vorjahr zusammensetzen.

Das Gesamtvolumen der sachlichen Betriebskosten beträgt in der Nachkalkulation 2014 insgesamt 993.756,49 € und in der Nachkalkulation für 2015 insgesamt 1.013.826,76 €.

Einen großen Anteil an den Aufwendungen der zentralen Abwasserbeseitigung für Schmutzwasser haben die Abschreibungen und die kalkulatorischen Zinsen. Für die Nachkalkulationen 2014 und 2015 wurden die Abschreibungen des Jahres 2012 eingerechnet, da diese bereits vorliegen. Tatsächliche Abschreibungen sind erst bekannt, wenn der Jahresabschluss in der Anlagenbuchhaltung fertig gestellt wurde.

Anhand des Restbuchwertes 2012 und unter Berücksichtigung des Abzugskapitals (Beitrags- und Zuschusszahlungen, die vom Restbuchwert abgezogen werden) wurden die kalkulatorischen Zinsen berechnet.

Die letzten Gebührensenkungen reichten nicht aus, den kumulierten Überschuss aus Vorjahren abzubauen.

Vorläufige jährliche Entwicklung des Überschusses

Jahr	Fortschreibung		jährliche Entwicklung
bis 31.12.09	643.361,62	Ergebnis 2009	56.814,31
bis 31.12.10	815.074,85	Ergebnis 2010	171.713,23
bis 31.12.11	915.729,48	Ergebnis 2011	100.654,63
bis 31.12.12	946.633,01	Ergebnis 2012	30.903,53
bis 31.12.13	971.949,29		25.316,28
bis 31.12.14	907.245,14		-64.704,15
bis 31.12.15	719.533,59		-187.711,55

In der vorstehenden Tabelle ist zu erkennen, dass sich in der Nachkalkulation für 2014 ein Defizit in Höhe von 64.704,15 € errechnete, sodass der kumulierte Überschuss bis zum 31.12.2014 auf 907.245,14 € rechnerisch reduziert werden konnte. Für das Haushaltsjahr 2015 wurde anhand der Planzahlen und der Abschreibungen aus dem Jahre 2012 ein Defizit in Höhe von -187.711,55 € errechnet, sodass der kumulierte Überschuss um diesen Betrag rechnerisch zum 31.12.2015 auf 719.533,59 € sinken müsste.

Aufgrund vorliegender Ergebnisse aus Vorjahren zeichnet sich ab, dass die Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen zu niedrig berechnet worden sein dürften. Durch verschiedene Investitionen, die in 2013 bis 2015 getätigt wurden, steigen die Aufwendungen für Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen in den Nachkalkulationen 2014 und 2015 und für die Gebührenberechnung 2016.

Aus den oben genannten Gründen schlägt die Verwaltung vor, den Gebührensatz von 2,10 € zunächst nicht zu verändern.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Anlage.

Anlagen:

BAB – Nachkalkulation 2015 als Grundlage für die Gebührenberechnung 2016.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/134**freigegeben am **09.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015**Festsetzung der Gebührensätze 2016 für die dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung legt für 2016 den Gebührensatz unverändert für die kostenrechnende Einrichtung „dezentrale Abwasserbeseitigung“ fest:

Gebührensätze für die dezentrale Einrichtung Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers / Fäkalschlamms
73,00 €
- b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers / Fäkalschlamms
62,50 €

Sach- und Rechtslage:

Die tatsächlichen Abfuhrmengen der letzten Jahre sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt. In der Tabelle sind die Schwankungen bei der tatsächlichen Abfuhrmenge in den Jahren deutlich zu erkennen. Die jährliche Abfuhrmenge wird auch weiterhin schwanken, da nur dann eine bedarfsgerechte Abfuhr erfolgt.

Abfuhrmengen in cbm:

2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015 geschätzt	2016 geschätzt
503	758	701	640	585	503	600	600

Für die Festsetzung der Gebühr 2016 bilden die Nachkalkulationen 2014 und 2015 die Berechnungsgrundlagen. Bei der Abfuhrmenge für 2014 in einer Größenordnung von 503 cbm wurden 2.804,75 Euro Mehreinnahmen erzielt.

Die Aufwendungen 2014 in Höhe von 41.886,69 Euro können sich dagegen noch geringfügig ändern, weil für die Berechnung der Reinigung des Klärschlammes im Klärwerk die „Kosten des Klärwerkes im zentralen Abwasserbereich“ und die Regiekosten noch nicht endgültig feststehen. Für 2014 wurden 75 % der Regiekosten berücksichtigt. Die Kostenrechnung 2014 weist für die dezentrale Abwasserbeseitigung rechnerisch zurzeit ein Defizit in Höhe von 5.045,94 Euro aus.

Das Ausgabevolumen 2015 fällt gegenüber dem Jahre 2014 voraussichtlich um rund 8.900 Euro höher aus. Für diese Steigerung sind zusätzliche Personalaufwendungen verantwortlich. Weiterhin sind Kostensteigerungen eingerechnet, da für 2015 mit einer Abfuhrmenge in Höhe von 600 cbm nachkalkuliert wurde. Wird mit einer höheren Abfuhrmenge kalkuliert, dann steigen auch die Fahrtkosten und die Kosten der Reinigung auf dem Klärwerk. Obwohl die Gebührensätze für die Jahre 2014 und 2015 um jeweils 5 Euro angehoben wurden, reichte das nicht aus, um die Aufwendungen zu decken. Die Nachkalkulation 2015 schließt voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von rund 7.500 Euro. In der Gebührenberechnung für 2016 wurde mit einer Abfuhrmenge wie 2015 in Höhe von 600 cbm kalkuliert und eine leichte Kostensteigerung bei den Aufwendungen eingerechnet.

Unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Vorjahresergebnisse reduziert sich damit der kumulierte Überschuss auf 2.390,02 €

Im Hinblick auf die noch nicht vorliegenden Jahresergebnisse 2013 und 2014 sowie des fast abgelaufenen Jahres 2015, in denen sich noch, wie oben beschrieben, Änderungen ergeben können, schlägt die Verwaltung vor, die Gebührensätze für 2016 nicht anzuheben.

Finanzielle Auswirkungen:

siehe Anlage.

Anlagen:

Berechnung der Gebührensätze für Fäkalschlamm.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/135**freigegeben am **14.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015**Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Niederschlagswasser****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung legt für 2016 den Gebührensatz unverändert für die kostenrechnende Einrichtung „zentrale Niederschlagswasserbeseitigung“ fest:

Gebührensatz für die Niederschlagswasserbeseitigung

Der Gebührensatz beträgt 0,20 € je qm überbauter und befestigter Grundstücksfläche, die an die Niederschlagswasserbeseitigung angeschlossen ist.

Sach- und Rechtslage:

Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr 2016 waren die Planzahlen für 2015. Eine Nachkalkulation für 2015 konnte noch nicht aufgestellt werden, da das Jahr noch nicht abgeschlossen ist und somit keine „Istzahlen“ vorliegen. Für 2016 wurde eine Gebührenkalkulation anhand der vorhandenen Planzahlen aufgestellt.

Die Zahlen sind teilweise rechnerische Ergebnisse, die aber dennoch den Status der Planzahl behalten. In der nachfolgenden Tabelle wurden die Erträge, der sachliche Betriebsaufwand und die kalkulatorischen Kosten gegenüber gestellt:

	2015 Planzahlen Euro	2016 Planzahlen Euro
Sachl. Betriebsaufwand	220.630,00	251.932,00
Abschreibungen	237.171,00	237.170,80
Kalk. Zinsen	225.182,00	243.743,22
Aufwendungen insgesamt	682.983,00	732.846,02

Genehmigungsgebühren	500,00	5.500,00
Benutzungsgebühren Niederschlagswasserbeseitigung	383.205,00	389.701,60
Anteil Straßenentwässerung	299.278,00	300.186,53
Erträge insgesamt	682.983,00	695.388,13
Saldo	0,00	-37.457,89

Der sachliche Betriebsaufwand steigt um rd. 31.000 € auf rd. 252.000 € an. Grund für die Mehrausgaben sind insbesondere zusätzliche Aufwendungen für Personal sowie Kanalspülungen und Reparaturen.

Bei den Abschreibungen wurden die endgültigen Werte vom 31.12.2012 genommen und alle Abschreibungen für die Zeit von 2013 bis 2015 hochgerechnet, sodass annähernd genaue Abschreibungen für die Niederschlagswasserbeseitigung 2015 ermittelt wurden. Für 2016 wurden deshalb die gleichen Abschreibungen zugrunde gelegt wie im Jahre 2015.

Die „kalkulatorischen Zinsen“ wurden für 2015 und 2016 mit dem Zinssatz in Höhe von 3 % Prozent berechnet. Die kalkulatorischen Zinsen sind in der Gebührenberechnung für 2016 um 18.561,22 € höher angesetzt als 2015.

Grund für die Steigerung sind Sonderposten (Zuschüsse), die im Jahre 2015 versehentlich beim Abzugskapital doppelt berücksichtigt und in der Gebührenberechnung für 2016 berichtigt wurden.

Ermittlung des Straßenentwässerungsanteils aus den laufenden Kosten für 2016:

	Flächen qm	Regenhöhe m	abgefl. Regenwasser qm	Prozentanteile	Rundung
	-			-	
Versiegelte Grundstücksflächen	1.948.508	0,6545	1.275.298	78,88	79
gewichtete Verkehrsflächen	521.753	0,6545	341.487,34	21,12	21
					100

In der Gebührenberechnung 2015 wurden die überbauten und befestigten Flächen der Grundstücke mittels Selbstauskunftsverfahren ermittelt. Für 2015 wurden gebührenpflichtige Flächen in einer Größenordnung von 1.847.859 qm zugrunde gelegt. Diese versiegelten Flächen, die sich nach einzelnen Faktoren aufschlüsseln, haben sich mittlerweile um 34.351 qm reduziert; es mussten einzelne Berichtigungen vorgenommen werden.

Für 2016 werden sich die versiegelten Grundstücksflächen um ca. 135.000 qm auf 1.948.508 qm erhöhen. Grund für die Erhöhung sind neue Baugebiete, die neu veranlagt werden. Diese Flächen werden mit der angefallenen Niederschlagshöhe multipliziert. Diese errechneten Werte ergeben das auf die versiegelten Grundstücksflächen und Verkehrsflächen abgeflossene Regenwasser, die dann ins Verhältnis zueinander gesetzt werden.

Der Grundstücksentwässerungsanteil beträgt 79 Prozent und der Straßenentwässerungsanteil 21 Prozent (2015 wurde das Verhältnis 78 zu 22 Prozent ermittelt).

Ermittlung der Jahreskosten für 2016	Niederschl.Wasser	Straßenentw.	insgesamt
Prozent	79	21	100
Betriebskosten	199.026,28	52.905,72	251.932,00
abzüglich Erträge	-5.500	0	-5.500,00
kalk. Abschreibungen	138.444,96	98.725,85	237.170,80
kalk. Zinsen	95.188,25	148.554,97	243.743,22
	427.159,49	300.186,53	727.346,02

Nach dem oben berechneten Verhältnis werden dann die kalkulierten Kosten aufgeteilt. Danach fallen auf den Straßenentwässerungsanteil insgesamt 300.186,53 €. Dieser Aufwand ist vom Produkt „Gemeindestraßen“ an das Produkt „Niederschlagswasser“ zu verrechnen.

Der gebührenpflichtige Aufwand in Höhe von 427.159,49 € ist von den Gebührenzahlern aufzubringen. Geteilt durch die versiegelten Flächen in Höhe von 1.948.508 qm ergäbe sich eine Niederschlagswassergebühr in Höhe von rund 0,22 €/qm.

Da es sich bei den Gebührenkalkulationen 2015 und 2016 um Planzahlen handelt, wird vorgeschlagen, die Gebühr für 2016 in Höhe von 0,20 €/qm, wie im Jahre 2015, zu belassen und zunächst endgültige Jahresrechnungen abzuwarten.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Anlage.

Anlagen:

BAB 2016 – Berechnung des Gebührensatzes für die Beseitigung von Niederschlagswasser

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/136

freigegeben am **10.09.2015**

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 25.08.2015

Gebührensatzsatzung 2016 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 zur Vorlage 2015/136 beigelegte Satzung über die Festsetzung der Gebührensätze 2016 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Erläuterungen zu den Gebührensätzen sind den Vorlagen

- 2015//131 Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung
- 2015/133 Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser
- 2015/134 Festsetzung der Gebührensätze 2016 für die dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser
- 2015/135 Festsetzung des Gebührensatzes 2016 für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Niederschlagswasser zu entnehmen.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Vorlagen.

Anlagen:

Anlage 1 : Gebührensatzsatzung 2016

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/154**freigegeben am **14.09.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 08.09.2015**Erlass einer Spielgerätesteuersatzung****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	12.10.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	17.11.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Satzung der Gemeinde Rastede über die Erhebung einer Spielgerätesteuer für das entgeltliche Benutzen von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits- sowie Unterhaltungsgeräten und -automaten (Spielgerätesteuersatzung) wird beschlossen.
2. Die 3. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 02.12.85 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die derzeit gültige Vergnügungssteuersatzung stammt aus dem Jahr 1985. Diese Satzung regelt unter anderem die Besteuerung der Geräte nach einem Stückzahlmaßstab. Danach ist für jedes einzelne Gerät eine Pauschalsteuer zu entrichten.

Das Bundesverwaltungsgericht hat sich zwischenzeitlich gegen diesen Stückzahlmaßstab ausgesprochen, weil eine am Einspielergebnis orientierte Steuer wirklichkeitsnäher ist. Zwar hatte sich das Oberverwaltungsgericht bemüht, die Zulässigkeit des Stückzahlmaßstabes auch gegen die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes zu rechtfertigen; aus diesem Grund waren die Kommunen des Ammerlandes auch zurückhaltend bei der Änderung ihrer Steuersatzungen.

Nunmehr hat sich die Rechtsprechung jedoch so gefestigt, dass der Stückzahlmaßstab tatsächlich rechtlich nicht mehr haltbar ist. Die Rechtswidrigkeit des Stückzahlmaßstabes wurde auch vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg bestätigt.

Nach und nach haben die Kommunen des Ammerlandes ihre Spielgerätesteuersatzung der Rechtsprechung angepasst. Nur die Gemeinden Bad Zwischenahn und

Rastede fehlen noch. Die Gemeinde Bad Zwischenahn beabsichtigt, ihre Satzung ab 2016 zu ändern. Insbesondere vor dem rechtlichen Hintergrund ist es nunmehr geboten, die Satzung auch in Rastede anzupassen.

Derzeit sind in der Vergnügungssteuersatzung auch folgende andere Tatbestände geregelt:

§ 1 - Steuergegenstand

Die Gemeinde erhebt Vergnügungssteuer für die folgenden im Gemeindegebiet veranstalteten Vergnügungen gewerblicher Art:

1. *Tanz- und karnevalistische Veranstaltungen;*
2. *Veranstaltungen von Schönheitstänzen, Schaustellungen von Personen und Darbietungen ähnlicher Art;*
3. *Veranstaltungen, bei denen Filme bespielte Videokassetten, Bildplatten oder vergleichbare Bildträger vorgeführt werden, die von der obersten Landesbehörde nicht gemäß § 6 Abs. 3 Ziff. 1 - 5 des Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit i.d.F. vom 25.02.1985 (BGBl. I. S. 425) freigegeben worden sind;*
4. *das Ausspielen von Geld oder Gegenständen in Spielclubs, Spielcasinos und ähnlichen Einrichtungen;*
5. *der Betrieb von Spiel-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsapparaten und -automaten (einschließlich der Apparate und Automaten zur Auspielung von Geld und Gegenständen sowie Musikautomaten, ausgenommen Poolbillard, Fußballkicker und Spielgeräte für Kleinkinder) in Gaststätten, Vereinsräumen, Kantinen und an anderen Orten, die der Öffentlichkeit zugänglich sind;*
6. *Catcher-, Ringkampf- und Boxkampfveranstaltungen, wenn Personen auftreten, die solche Kämpfe berufs- oder gewerbsmäßig ausführen.*

Wegen des Umfangs der die Spielgerätesteuer betreffenden Regelungen empfiehlt es sich (so auch in den Nachbargemeinden praktiziert) eine spezielle Spielgerätesteuersatzung zu erlassen und in der Vergnügungssteuersatzung die Tatbestände aufzuheben, die die Spielgeräte betreffen.

Verbunden mit dem Neuerlass der Spielgerätesteuersatzung ist eine Entscheidung über die Höhe der Steuersätze. Die Verwaltung schlägt vor, sich dem bis jetzt einheitlichen Steuerniveau im Landkreis Ammerland (und auch bis jetzt der Stadt Oldenburg) anzupassen. Danach ergeben sich folgende Steuerfestsetzungen:

Steuerart	Hebesatz aktuell		Hebesatz mögliche Veränderung		Letzte Anhebung
Vergnügungssteuer	Geräte mit Gewinnmöglichkeit	Gaststätte: 23,00 Spielhalle: 61,00	Geräte mit Gewinnmöglichkeit	Abschaffung der Pauschalbesteuerung und Einführung Besteuerung nach Gewinn: 15 %	01.01.2002
	Geräte ohne Gewinnmöglichkeit	Gaststätte: 6,00 Spielhalle: 38,00	Geräte ohne Gewinnmöglichkeit	Gaststätte: 20,00 Spielhalle: 50,00	
	Geräte: Darstellung Gewalttätigkeiten	0,00	Geräte: Darstellung Gewalttätigkeiten	300,00	
	Musikautomaten	8,00	Musikautomaten	10,00	
	PC-Bildschirmplätze	0,00	PC-Bildschirmplätze	10,00	

	Geräte mit Gewinnmöglichkeiten			Geräte ohne Gewinnmöglichkeiten	
	nach Spielein-satz	in Gaststätten monatl. je Gerät	in Spielhallen monatl. je Gerät	in Gaststätten monatl. je Gerät	in Spielhallen monatl. je Gerät
Apen	15%			20,00	50,00
Bad Zwischenahn		60,00	150,00	15,00	45,00
Edeweicht	15%			20,00	50,00
Rastede	jetzt: 0 %	jetzt: 23,00	jetzt: 61,00	jetzt: 6,00	jetzt: 38,00
	Vorschlag: 15 %	Vorschlag: entfällt	Vorschlag: entfällt	Vorschlag: 20,00	Vorschlag: 50,00
Westerstede	15%			20,00	50,00
Wiefelstede	15 %			20,00	50,00

	Geräte mit denen Gewalttätigkeiten dargestellt werden monatl. je Gerät	Musikautomaten monatl. je Gerät	PC-Bildschirmplätze monatl. je Gerät
Apen	300,00	10,00	10,00
Bad Zwischenahn	195,00	10,00	
Edeweicht	300,00	10,00	10,00
Rastede	jetzt: 0,00	jetzt: 8,00	jetzt: 0,00
	Vorschlag: 300,00	Vorschlag: 10,00	Vorschlag: 10,00
Westerstede	300,00	10,00	10,00
Wiefelstede	300,00	10,00	10,00

Eine Anhebung der Steuersätze entsprechend dem vorstehenden Vorschlag dürfte zu einem jährlichen Mehrertrag von ca. 30.000 Euro führen. Die Mehreinnahme ist in dem Haushaltsplanentwurf 2016 noch nicht berücksichtigt worden.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Anlage 1: Spielgerätesteuersatzung

Anlage 2: 3. Satzung zur Änderung der Vergnügenssteuersatzung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/137Afreigegeben am **26.11.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in: Dudsek

Datum: 20.11.2015

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	07.12.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	08.12.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2016 wird beschlossen.

2. Der Haushaltsplan 2016 wird mit einem festgesetzten Haushaltsvolumen

im Ergebnishaushalt

bei den Erträgen mit	34.584.454 Euro
bei den Aufwendungen mit	34.584.454 Euro

im Finanzhaushalt

bei den Einzahlungen aus laufender Verwaltung	31.539.920 Euro
bei den Auszahlungen aus laufender Verwaltung	30.276.109 Euro
bei den Einzahlungen aus Investitionen	6.307.930 Euro
bei den Auszahlungen aus Investitionen	13.492.700 Euro
bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	6.520.959 Euro
bei den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	600.000 Euro

beschlossen.

3. Das Investitionsprogramm 2016 bis 2019 wird beschlossen.
4. Die Finanzplanung 2016 bis 2019 wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Fachausschussberatungen sind abgeschlossen und haben, abgesehen von den Finanzbewegungen bezüglich der Unterbringung von Flüchtlingen – die damit insgesamt in Zusammenhang stehenden Kosten sind derzeit nicht erkennbar – und der voraussichtlichen Beteiligung an Planungskosten im Zusammenhang mit der sog. Troglösung Raiffeisenstraße zu keinen wesentlichen Korrekturen am Entwurf des Haushaltsplanes geführt.

Der Haushalt ist nach wie vor ausgeglichen. Die sogenannten Schlüsselzuweisungen konnten bei der Fertigstellung der Arbeiten zum Haushaltsplanentwurf keine Berücksichtigung finden, da diese erst sehr kurzfristig bekannt gegeben worden sind.

Aufgrund der bereits positiven Einschätzung der Verwaltung belaufen sich die Mehreinnahmen gegenüber dem Planentwurf auf insgesamt rund 176.000 €. Da bei einer entsprechenden Änderung des Haushaltsplanes eine nicht unwesentliche Arbeitsbelastung erfolgen würde, wurde auf die separate Veranschlagung verzichtet. Unter Berücksichtigung des Beschlusses bezüglich der sogenannten Troglösung würden die Mittel zur Verringerung der planmäßige Kreditaufnahme eingesetzt werden.

Die wesentlichen Daten im Ergebnis:

Überschuss Ergebnishaushalt:	199.045,00
Überschuss Finanzhaushalt	1.263.811,00
davon:	
- ordentliche Tilgung	600.000,00
- Geld für Investitionen	663.811,00
Investitionsvolumen	13.492.700,00
davon durch Kredite finanziert:	6.520.959,00
Umfang Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten der nächsten Jahre	6.365.000,00

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Anlage 1: Haushaltssatzung

Anlage 2: Gesamthaushalt

Anlage 3: Änderungen im Ergebnishaushalt seit dem ersten Finanzausschuss

Anlage 4: Änderungen bei den Investitionen seit dem ersten Finanzausschuss

Anlage 5: Investitionsprogramm